

Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V. |  
Charlottenstraße 47 | 10117 Berlin

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Herrn Stefan Weber  
Vorsitzender des Finanzausschusses

Ausschließlich per E-Mail:  
finanzausschuss@landtag.ltsh.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 19/6523

Kontakt: Dr. Judith Dickopf  
Telefon: +49 30 20225- 5363  
Fax: +49 30 20225- 5345  
E-Mail: judith.dickopf@dsgv.de

Unsere Zeichen  
AZ DK: 611-3  
AZ DSGVO: 7626

28. Oktober 2021

**„Sparerpauschbetrag deutlich erhöhen“**  
**Antrag der Abgeordneten des SSW**  
**Drucksache 19/3189**

Anlagen  
Positionspapier

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

mit Schreiben vom 1. Oktober 2021 haben Sie einige unserer Mitgliedsverbände darüber informiert, dass der Finanzausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags den oben genannten Antrag berät, und Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Daher möchten wir gerne die Gelegenheit nutzen und Ihnen die Position der Deutschen Kreditwirtschaft (kurz: DK) übermitteln, in der die Spitzenverbände der Kreditwirtschaft zusammengeschlossen sind. Die Thematik betrifft alle unsere Mitgliedsinstitute, also sämtliche Kreditinstitute in Deutschland, sowie ihre Kunden. Die Kreditinstitute sind für den Einbehalt der Abgeltungsteuer verantwortlich; sie verwalten dabei die Freistellungsaufträge ihrer Kunden, damit der Sparerpauschbetrag schon auf Bankebene steuermindernd berücksichtigt werden kann.

Das Thema „Sparerpauschbetrag“ kann nicht diskutiert werden, ohne das übergreifende Thema „Erhalt der Abgeltungsteuer“ mit zu beleuchten. Dies hat sich auch in der Beratung des oben genannten Antrags durch den Landtag am 26. August 2021 erwiesen, wie das diesbezügliche Plenarprotokoll (19/125) deutlich zeigt, auf das Sie in Ihrem Anschreiben hingewiesen haben.

Die Deutsche Kreditwirtschaft befürwortet die Abgeltungsteuer, vor allem aus den folgenden Gründen (vgl. auch das in der **Anlage** beigefügte Positionspapier „Abgeltungsteuer für alle Kapitalerträge beibehalten“).

Federführer:  
Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V.  
Charlottenstraße 47 | 10117 Berlin  
Telefon: +49 30 20225-0  
Telefax: +49 30 20225-250  
www.die-deutsche-kreditwirtschaft.de

- Die **Abgeltungsteuer ist etabliert und funktioniert**. Sie entlastet Bürger und Finanzverwaltung. Durch die grundsätzlich abgeltende Besteuerung im Steuerabzugsverfahren auf Ebene der Kreditinstitute entfallen für viele Anleger aufwendige Steuererklärungspflichten.
- Der inzwischen praktizierte internationale automatische Informationsaustausch ist kein Grund für die Abschaffung der Abgeltungsteuer. Eine effizientere Erfassung ausländischer Kapitalanlagen und eine einfache und gleichmäßige Besteuerung durch eine nationale Abgeltungsteuer ergänzen sich vielmehr.
- Der besondere Steuersatz von 25 % ist sachlich begründet. Es gibt **keine Gerechtigkeitslücke** beispielsweise gegenüber der Besteuerung von Arbeitseinkommen. Bei Dividenden und Aktienveräußerungsgewinnen ergibt sich (wegen der Vorbelastung mit Körperschaft- und Gewerbesteuer auf Unternehmensebene) sogar eine Gesamtbelastung von mehr als 48 %. Bei Zinsen ist eine Gerechtigkeitslücke schon angesichts der andauernden Niedrig- und Negativzinsphase nicht erkennbar. Derzeitige Zinserträge gleichen noch nicht einmal die Inflationsrate aus.
- Der Abgeltungsteuer liegt ein in sich **ausgewogenes Besteuerungskonzept** zugrunde. Dem besonderen Steuersatz steht eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage durch die Versagung des Werbungskostenabzugs und durch die uneingeschränkte Besteuerung von Wertpapierveräußerungsgewinnen und Gewinnen aus Termingeschäften gegenüber. Der besondere Steuersatz trägt auch der gesteigerten Inflationsanfälligkeit der Einkunftsquelle „Kapitalvermögen“ Rechnung. Dies hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Zinsurteil vom 27. Juni 1991 (2 BvR 1493/89) ausdrücklich als verfassungsrechtlich zulässig anerkannt.

Wir sprechen uns nachdrücklich für eine **deutliche Anhebung des Sparerpauschbetrags** aus. Das folgt aus der steigenden Inflationsrate, den dauerhaft niedrigen Zinsen und der zwingenden Notwendigkeit, privat fürs Alter vorzusorgen.

Im Gegensatz zum Staat gehören die privaten Sparer nicht zu den Gewinnern der aktuellen Niedrigzinspolitik. Sie sind mit einer grundlegend veränderten Situation konfrontiert: Bereits seit einigen Jahren liegen der Leitzins der Europäischen Zentralbank (EZB) und die durchschnittliche Umlaufrendite deutlich unter der Inflationsrate. Dieser Effekt wird durch den Anstieg der Inflationsrate in den letzten Monaten noch einmal verstärkt. Die Zinsen können daher im Regelfall nicht einmal mehr die Geldentwertung ausgleichen. Gleichwohl sind Zinseinnahmen, die über den Sparerpauschbetrag hinausgehen, in ihrer vollen nominalen Höhe steuerpflichtig. Durch diese Zinsbesteuerung kommt es zu einem beschleunigten Vermögensverzehr. Die „kalte Enteignung“ der Sparer durch niedrige Nominalzinsen und eine relativ hohe Inflation wird somit durch den Steuerzugriff des Staates noch verschärft.

Zur Lösung dieses Problems ist eine Entlastung geboten:

Der Sparerpauschbetrag liegt seit dem Jahr 2009 bei 801 Euro für einzeln veranlagte Steuerpflichtige, wirtschaftlich sogar bereits seit 2007. Denn mit Einführung der Abgeltungsteuer im Jahre 2009 wurden Sparerfreibetrag von 751 Euro und Werbungskosten-Pauschbetrag von 50 Euro zum Sparerpauschbetrag von 801 Euro zusammengefasst. Der Sparerpauschbetrag sollte zum einen wegen der weiterhin zu erwartenden Geldentwertung angehoben werden, zum anderen aber auch, weil sämtliche Veräußerungsgewinne und Termingeschäftsgewinne, unabhängig von der Haltedauer der Wertpapiere, seit 2009 ohne weitere Ermäßigung in die Besteuerung der Einkünfte aus Kapitalvermögen einbezogen werden, ohne dass dies bei der Bemessung des Sparerpauschbetrags berücksichtigt worden ist.

Der Vergleich mit anderen Industriestaaten zeigt: die Deutschen verdienen gut, haben aber wenig Kapitalvermögen. Neben geringen Zinsen und oft begrenzten Kenntnissen über Aktien steht auch die früh einsetzende Besteuerung einem effektiveren Sparen entgegen. Von einem höheren Sparerpauschbetrag würden auch Anleger mit kleinen und mittleren Einkommen profitieren. Denn seitdem die Anrechnung der von den Unternehmen auf Dividendenzahlungen bereits gezahlten Steuern bei den Anteilseignern entfallen ist, ergibt sich insbesondere für die unteren und mittleren Einkommensgruppen eine Mehrbelastung.

Mit einer deutlichen Erhöhung des Pauschbetrages würden zugleich der private Vermögensaufbau zur Altersvorsorge der Bürger erleichtert und unterstützt, deren Bedeutung in den letzten Jahren zugenommen hat und die auch in Zukunft immer wichtiger werden wird.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen  
für Die Deutsche Kreditwirtschaft  
Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V.

i. V.

gez. Christoph Hild

gez. Dr. Judith Dickopf

# Abgeltungsteuer für alle Kapitalerträge beibehalten

Kontakt: Dr. Heinz-Jürgen Tischbein  
Bundesverband der Deutschen Volksbanken  
und Raiffeisenbanken e. V.  
Schellingstraße 4, 10785 Berlin

Telefon: +49 30 2021-24 00

Telefax: +49 30 2021-19 24 00

E-Mail: [tischbein@bvr.de](mailto:tischbein@bvr.de)

Kontakt: Joachim Dahm  
Bundesverband deutscher Banken e. V.  
Burgstraße 28, 10178 Berlin

Telefon: +49 30 1663 3200

Telefax: +49 30 1663 3299

E-Mail: [joachim.dahm@bdb.de](mailto:joachim.dahm@bdb.de)

Kontakt: Thomas Ihering  
Bundesverband Öffentlicher Banken e. V.  
Lennéstraße 11, 10785 Berlin

Telefon: +49 30 81 92 2 96

Telefax: +49 30 81 92 2 99

E-Mail: [Thomas.Ihering@voeb.de](mailto:Thomas.Ihering@voeb.de)

Kontakt: Dr. Judith Dickopf  
Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V.  
Charlottenstraße 47, 10117 Berlin

Telefon: +49 30 20225- 5263

Telefax: +49 30 20225- 5345

E-Mail: [judith.dickopf@dsgv.de](mailto:judith.dickopf@dsgv.de)

Federführer:

Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V.  
Charlottenstraße 47 | 10117 Berlin

Telefon: +49 30 20225-0

Telefax: +49 30 20225-250

[www.die-deutsche-kreditwirtschaft.de](http://www.die-deutsche-kreditwirtschaft.de)

**Abgeltungsteuer auch nach Einführung internationaler Kontrollmitteilungen weiterhin sinnvoll**

**Gerechtigkeitslücke nicht erkennbar**

**Mindereinnahmen für den Fiskus zu erwarten**

- Pläne, auf Kapitalerträge künftig wieder den Regelsteuersatz (bis 45 %) anzuwenden und die Abgeltungsteuer abzuschaffen, sollten nicht weiterverfolgt werden. Als Argumente werden angeführt, dass nach der Einführung des internationalen Informationsaustausches nunmehr eine lückenlose Kontrolle über Kapitalerträge möglich sei. Deshalb bestehe kein Bedarf mehr für eine pauschale Besteuerung von Kapitalerträgen, die bisher Kapitalflucht verhindern sollte. Eines steuerlichen Anreizes, das Kapital in Deutschland zu halten, bedürfe es daher nicht mehr. Weiterhin wird argumentiert, dass leistungslose Einkommen aus Vermögen nicht niedriger als Einkommen aus Arbeit besteuert werden sollen.
- Der Steuersatz von 25% ist kein einseitiges Privileg für die Reichen. Eine „Gerechtigkeitslücke“ ist nicht erkennbar. Mit Einführung der Abgeltungsteuer wurde vielmehr die Bemessungsgrundlage insbesondere für die Besteuerung von Gewinnen aus der Veräußerung von Wertpapieren und aus Termingeschäften deutlich ausgeweitet. Würden die Kapitalerträge wieder der Regelbesteuerung unterworfen, müssten das Teileinkünfteverfahren für Dividenden und Veräußerungsgewinne aus Aktien sowie die Spekulationsfristen bei der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen aus Kapitalanlagen und Gewinne aus Termingeschäften wiedereingeführt werden. Zudem müsste die eingeschränkte Verlustverrechnung von Kapitalerträgen wieder aufgehoben und der Abzug von Werbungskosten zwingend wieder zugelassen werden. Damit wäre automatisch auch der mit der Abgeltungsteuer angestrebte **Vereinfachungseffekt für Bürger und Finanzbehörden hinfällig**, weil damit ein Ansteigen der Veranlagungsfälle verbunden wäre.
- Die Abschaffung der Abgeltungsteuer wäre für den Fiskus mit Minderereinnahmen aus der Besteuerung von Kapitalerträgen verbunden. Nach der Steuerschätzung für 2019 stammen mehr als 80 Prozent des Aufkommens aus der Kapitalertragsteuer aus Dividenden und weniger als 20 Prozent aus Zins- und Veräußerungserträgen (BT-Drucks. 19/18035). Bei einer Tarifbesteuerung dürften Dividenden und Veräußerungsgewinne aus Aktien wegen der erforderlichen Berücksichtigung der Vorbelastung auf der Ebene der ausschüttenden Unternehmen nur zur Hälfte

besteuert werden. Dieser Effekt würde in Verbindung mit der wieder einzuführenden Berücksichtigung von Werbungskosten (die auch gezahlte Negativzinsen beinhalten) zu **Mindereinnahmen für den Fiskus** führen.

- Zudem wäre eine Steuerfreistellung der langfristigen Vermögensanlagen von der Wertzuwachsbesteuerung schon aus sozialpolitischen Gesichtspunkten (private Altersvorsorge) zwingend erforderlich bzw. unvermeidlich.
- Deutschland würde sich bei einer Verschärfung der Besteuerung von Kapitalerträgen auch **gegen einen europäischen Trend** stellen. Zahlreiche Mitgliedstaaten in der Europäischen Union belegen die Zinseinkünfte mit einem Steuersatz, der unterhalb von 25 Prozent liegt: Belgien, Bulgarien, Estland, Griechenland, Kroatien Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn.
- Die zutreffende und umfassende **Besteuerung** der Kapitalerträge, die deutsche Steuerbürger **im Inland** erzielen, wird **durch die Abgeltungsteuer sichergestellt**. Eines **zusätzlichen Informationsaustausches** über die der Abgeltungsteuer unterliegenden Kapitalerträge **bedarf es somit nicht**. D. h. ein **internationaler Informationsaustausch über „grenzüberschreitende“ Kapitalerträge und eine nationale Abgeltungsteuer sind kein Widerspruch**. Vielmehr ergänzen sich beide Instrumente in ihrem jeweiligen Anwendungsbereich.
- Ein großer Vorteil der Abgeltungsteuer ist die **Entlastung von Bürger und Verwaltung von unnötigen Veranlagungsverfahren**. Die Kreditinstitute erledigen die steuerlichen Formalitäten für ihre Kunden. Sie behalten von den Kapitalerträgen die anfallende Steuer ein und führen sie an das Finanzamt ab. Schon beim Steuerabzug werden etwaige Veräußerungsverluste verrechnet, ausländische Quellensteuern angerechnet und ggf. auch die Kirchensteuer berücksichtigt. Da der Steuerabzug abgeltende Wirkung hat, entfallen umfangreiche Steuererklärungspflichten. Die Kreditinstitute berücksichtigen Freistellungsaufträge und Nichtveranlagungs-Bescheinigungen beim Steuerabzug, wovon insbesondere auch Anleger mit geringen Kapitalerträgen profitieren. Steuerpflichtigen, die

Besteuerung ist sichergestellt

Einfache, transparente Steuererhebung

### Einheitliche Behandlung der Kapitalanlagen

aufgrund ihres niedrigen persönlichen Steuersatzes ihre Kapitalerträge erklären möchten (sog. Günstigerprüfung), wird dies durch einfache und übersichtliche Vordrucke erleichtert.

- Die einheitliche steuerliche Behandlung aller Kapitalanlageformen bietet ein **Höchstmaß an Transparenz**: Anlageentscheidungen werden allein unter Kapitalmarktaspekten getroffen und nicht mehr durch steuerliche Beweggründe überlagert. Gestaltungen, die sich im Grenzbereich zwischen steuerfreien Veräußerungsgewinnen und steuerpflichtigen Kapitalerträgen bewegen, gehören der Vergangenheit an.

### Hohe reale Besteuerung ...

- Die Abgeltungsteuer führt mit einem nominalen Steuersatz von 25 Prozent zu einer real sehr viel höheren Belastung von Zinsen, Dividenden und Veräußerungsgewinnen.
- Denn bei der Bewertung der Abgeltungsteuer ist zu beachten,
  - dass Kapitalerträge „**brutto**“ **besteuert** werden (Aufwendungen wie Depotgebühren, Vermögensverwaltungskosten, Schuldzinsen, Negativzinsen etc. werden nicht steuermindernd berücksichtigt, es gibt hierfür nur einen (niedrigen) Pauschbetrag von 801 Euro, bei Ehegatten 1.602 Euro),
  - dass **Veräußerungsgewinne** aus Kapitalanlagen und Gewinne aus Termingeschäften **zeitlich unbegrenzt und umfassend** der Abgeltungsteuer unterliegen (ohne Berücksichtigung von Haltefristen) und
  - dass **Verluste nur mit anderen Kapitalerträgen** und teilweise nur in Höhe von 20.000 Euro im Kalenderjahr **verrechnet** werden können, aber z.B. nicht mit Mieterträgen.

### ... von Zinserträgen

Bei einem Zinsertrag ist zusätzlich noch die **Inflationsanfälligkeit** des angelegten Kapitals zu berücksichtigen. Übersteigt die Inflationsrate die Verzinsung, ergibt sich für den Sparer ein negativer realisierter Anlagenerfolg (Realzins).

- Eine negative reale Einlagenverzinsung war nach einer Untersuchung der Deutschen Bundesbank in den vergangenen Jahrzehnten eher die Regel und nicht die Ausnahme.

**Abgeltungsteuer für alle Kapitalerträge beibehalten****...und von Dividenden und Veräußerungsgewinnen aus Aktienanlagen**

- Selbst in Zeiten normaler Zinsstruktur mit einer die Inflationsrate übersteigenden Verzinsung entspricht die Abgeltungsteuer zzgl. Solidaritätszuschlag im Ergebnis einer Steuerbelastung von 61,53 Prozent bezogen auf den Realzins, wie das Beispiel zeigt:

Kapital	1.000,00 €
Zinsertrag (3,5 % Marktzens)	35,00 €
Inflationsrate (2 %)	<u>./. 20,00 €</u>
Realzins (1,5 %)	15,00 €
Abgeltungsteuer (25 %)	./. 8,75 €
Solidaritätszuschlag (5,5 %)	<u>./. 0,48 €</u>
Ergebnis nach Steuer und Inflation	5,77 €

- Die Belastung der Dividenden und der Veräußerungsgewinne aus Aktienanlagen setzt sich zusammen aus den von der Kapitalgesellschaft auf den Gewinn zu zahlenden Steuern und den auf die Dividende bzw. auf den Veräußerungsgewinn vom Anteilseigner zu zahlenden Steuern.

**Kapitalgesellschaft**

Gewinn	100,00 €
./. GewSt (Hebesatz 400 %)	14,00 €
./. Körperschaftsteuer (15 %)	15,00 €
<u>./. Solidaritätszuschlag</u>	<u>0,82 €</u>
Steuern des Unternehmens:	29,82 %
= Thesaurierung/Dividende	70,18 €

**Anteilseigner**

Dividende	70,18 €
./. Abgeltungsteuer (25 %)	17,54 €
./. Solidaritätszuschlag (5,5 %)	0,96 €
Einkünfte nach Steuern	51,68 €
Steuerbelastung insgesamt:	48,32 %

- Dividenden und Veräußerungsgewinne sind somit wegen der steuerlichen Vorbelastung auf Unternehmensebene schon derzeit äußerst hoch besteuert.



**Abgeltungsteuer im Interesse  
des Staates und der Bürger  
beibehalten**

**Stand: 01/2021**

- **Die Abgeltungsteuer hat keineswegs „ausgedient“, sondern erfüllt unverändert ihren Zweck und sollte deshalb als einfache, transparente und gerechte Besteuerung der Kapitaleinkünfte beibehalten werden.**